

Familien sind der Kern unserer Gesellschaft

Mut zur Familie und Mut zum Kind

Unsere Familien sind der Kern unserer Gesellschaft. Sie verdienen den besonderen Schutz und die Anerkennung ihrer Leistungen durch Politik und Gesellschaft. Ziel einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Familienpolitik muss es sein, Mut zur Familie und Mut zum Kind zu machen. Ein Land ohne Kinder hat keine Zukunft.

Familie leistbar machen – faire Steuern und Altersabsicherung

Um Familie auch leistbar zu machen, hat der Staat die unverzichtbaren familiären Leistungen gerecht materiell abzugelten, sowie pensions- und steuerrechtlich zu berücksichtigen. Wir setzen uns in diesem Zusammenhang für eine Steuerreform ein, die die Anzahl der Familienmitglieder bei der Steuerbemessung berücksichtigt (Familiensplitting-Modell). Weiters müssen Zeiten der Familienarbeit – insbesondere Kinderbetreuung und Pflege – pensionsrechtlich deutlich stärker berücksichtigt werden.



Elterngeld für heimische Familien

Die Einführung des Gratiskindergarten wird die Schieflage zu Ungunsten jener Eltern verstärken, die ihre Kinder, insbesondere in den ersten Lebensjahren, selbst betreuen wollen. Um dies abzuwenden und echte Wahlfreiheit zu schaffen, fordern wir die Einführung eines Elterngeldes.

Dieses soll in den ersten drei Lebensjahren des Kindes als Zuschuss zum Kinderbetreuungsgeld ausbezahlt werden. Für vier- und fünfjährige Kinder in Form einer deutlichen Aufstockung des Vorarlberger Familienzuschusses.

Das Wohl unserer Kinder muss uns etwas wert sein und die familiäre Betreuung gestärkt werden. Wir wollen Eigenständigkeit und Wahlfreiheit für unsere Familien statt staatlicher Bevormundung!



Bedarfsgerechte Kinder- und Schülerbetreuung

Gesellschaftspolitisch linke Forderungen nach Gratisbetreuung für Kinder von 0 - 6 Jahren werden von uns abgelehnt. Es sind ausreichend Kinder- und Schülerbetreuungsplätze zur Verfügung zu stellen. Der notwendige Ausbau hat sich aber am tatsächlichen Bedarf zu orientieren und nicht an politischen Forderungen linker Parteien, die danach trachten, die traditionelle Familie mehr und mehr auszuhöhlen und ihr Kind am liebsten schon gleich nach der Geburt in staatliche und fremde Obhut geben wollen.

Frauen, die sich dafür entscheiden, ihr Kind zu Hause zu betreuen und Frauen, die versuchen Beruf und Familie zu verbinden, dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden!

Zuverdienstgrenze streichen

In der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes sehen wir einen großen familienpolitischen Meilenstein. Ein Dorn im Auge ist uns allerdings die Zuverdienstgrenze. Diese hat in der Vergangenheit nicht nur zu unnötigem Bürokratie- und Kontrollaufwand sowie zur Verunsicherung betroffener Eltern geführt, sondern schränkt die Wahlfreiheit der Eltern unnötig ein.



Wertanpassung der Familienleistungen

Im Unterschied zu den Pensionen werden Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld und der Kinderabsetzbetrag nicht regelmäßig erhöht, um die Inflation abzugelten. Der Verlust, der den Familien durch diese unterlassenen Erhöhungen entstanden ist, ist enorm. Gerade Familien mit mehreren Kindern leiden besonders unter den hohen Lebenshaltungskosten. Viele trauen sich ein sorgenfreies Leben in einer kinderreichen Familie nicht mehr zu. Eine jährliche Wertanpassung der Familienleistungen ist für uns daher ein absolutes MUSS.



Kinderrechte stärken

Leider zeigt uns die Praxis, dass viele Trennungen nach wie vor auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden. Um Kinder im Rahmen von Obsorgestreitigkeiten aus dem Schussfeld zu nehmen, sprechen wir uns für eine verpflichtend gemeinsame Obsorge aus, die nur dann nicht zum Tragen kommen soll, wenn sie das Kindeswohl gefährden würde. Auch würde eine gemeinsame Obsorge dem Wunsch der Kinder auf Mutter und Vater entsprechen.

Dafür treten wir ein:

- Traditionelle Familie stärken
- Elterngeld durch Ausbau des Vorarlberger Familienzuschusses – an Staatsbürgerschaft geknüpft
- „Familiensplitting-Modell“ im Steuerrecht – Berücksichtigung der Anzahl der Kinder bei der Steuerbemessung
- Pensionsrechtliche Anerkennung von Zeiten der Familienarbeit weiter verbessern
- Bedarfsgerechte Kinder- und Schülerbetreuung – das Wohl des Kindes muss im Mittelpunkt stehen
- Streichung der Zuverdienstgrenze beim Bezug des Kinderbetreuungsgeldes
- Regelmäßige Wertanpassung der österreichischen Familienleistungen
- Kinderrechte stärken – gemeinsame Obsorge als Regelfall
- NEIN zur Homo-Ehe